

## Niederschrift

über die 25. ordentliche öffentliche/ nicht öffentliche Sitzung des Kreisausschusses am 26.11.2012 im Kreisausschusssaal der Kreisverwaltung Teltow-Fläming, Am Nuthefließ 2, 14943 Luckenwalde.

### Anwesend waren:

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Kirsten Gurske  
Frau Kornelia Wehlan  
Herr Bernd Habermann  
Herr Fritz Lindner  
Frau Ria von Schrötter  
Frau Heide Igel  
Herr Dirk Hohlfeld  
Herr Hans-Jürgen Akuloff  
Herr Danny Eichelbaum  
Herr Michael Wolny  
Herr Matthias-Eberhard Nerlich  
Herr Michael Baumecker  
Herr Andreas Noack  
Herr Christoph Schulze  
Herr Peter Dunkel

Erste Beigeordnete und Dezernentin II  
stellv. Vorsitzende des Kreisausschusses

bis 18.35 Uhr (vor Beschluss TOP 16)

ab 17.15 Uhr (TOP 6)  
Vertretung für Herrn Detlev von der Heide  
Vertretung für Frau Dr. Irene Pacholik

#### **Verwaltung**

Herr Holger Lademann

Beigeordneter und Dezernent III

### Entschuldigt fehlten:

#### **Verwaltung**

Herr Peer Giesecke  
Herr Detlef Gärtner  
Herr Dieter Albrecht  
Herr Horst Bührendt

Landrat  
Dezernent IV  
Dezernent I  
Dezernent V

#### **Stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Detlev von der Heide  
Frau Dr. Irene Pacholik

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr  
Ende der Sitzung: 18:40 Uhr

### Tagesordnung:

#### **Öffentlicher Teil**

- |    |  |               |
|----|--|---------------|
| 1  | Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung   |               |
| 2  | Mitteilungen des Vorsitzenden  |               |
| 3  | Einwohnerfragestunde   |               |
| 4  | Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 23.07.2012                                   |               |
| 5  | Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 20.08.2012                                   |               |
| 6  | Anfragen der Abgeordneten  |               |
| 7  | Zwischenbericht zum Wirtschaftsplan 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming  | 4-1371/12-III |
| 8  | Wirtschaftsplan Rettungsdienst Eigenbetrieb 2013   | 4-1374/12-III |
| 9  | Wirtschaftsplan Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH 2013  | 4-1377/12-III |
| 10 | Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming 2013 | 4-1373/12-III |
| 11 | Vertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH   | 4-1379/12-III |
| 12 | Neufassung des Rettungsdienstbereichsplanes Landkreis Teltow-Fläming   | 4-1380/12-III |
| 13 | Mitteilungen der Verwaltung  |               |

### **Nichtöffentlicher Teil**

- |    |  |              |
|----|--|--------------|
| 14 | Mitteilungen der Verwaltung  |              |
| 15 | Anfragen der Abgeordneten  |              |
| 16 | Ehrung mit dem Teltow-Fläming-Preis  | 4-1356/12-LR |
| 17 | Neubau des Radweges an der Bundesstraße B 246, Ortsverbindung Löwendorf - Schönhagen   | 4-1372/12-IV |
| 18 | Vergabevorschlag zur Reinigungsleistung für das OSZ Ludwigsfelde, Am Birkengrund 1 und Brandenburgische Straße 100 in 14974 Ludwigsfelde | 4-1382/12-I  |

### **Öffentlicher Teil**

#### **TOP 1**

#### **Eröffnung und Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Abg. Wehlan, stellv. Vorsitzende des Kreisausschusses, begrüßt die Abgeordneten und Gäste und stellt die frist- und formgerechte Einberufung zur Sitzung fest.

Frau Abg. Wehlan informiert, dass eine Dringlichkeitsvorlage zur Vergabe von Reinigungsleistungen am OSZ Ludwigsfelde (4-1382/12-I) vorliegt und schlägt vor, diese als TOP 17 zu behandeln. Desweiteren gibt sie bekannt, dass die Verwaltung im nichtöffentlichen Teil Informationen zur SWFG geben möchte und bittet darum, diese

Mitteilungen als TOP 13 zusätzlich in die Tagesordnung aufzunehmen. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich dementsprechend.

Frau Gurske, Erste Beigeordnete, begründet die Dringlichkeit der Vorlage 4-1382/12-I.

**Die Abgeordneten stimmen der Änderung der Tagesordnung einstimmig zu.**

## **TOP 2**

### **Mitteilungen des Vorsitzenden**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

## **TOP 3**

### **Einwohnerfragestunde**

Frau Abg. Wehlan erläutert die Verfahrensweise der Einwohnerfragestunde.

Es liegen keine Fragen vor.

## **TOP 4**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der 23. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 23.07.2012**

Frau Abg. Igel macht darauf aufmerksam, dass die Antwort der Verwaltung zur Verkürzung von Lehrerwochenstunden (Niederschrift Seite 3, 2. Absatz) noch aussteht.

Frau Abg. Wehlan informiert, dass sie auf ihre Frage, die sie in der Kreisausschusssitzung gestellt hatte, eine Antwort der Verwaltung erhalten hat. Sie schlägt vor, diese Antwort als Anlage zur Niederschrift allen Abgeordneten zur Kenntnis zu geben. Diese Verfahrensweise sollte auch für alle weiteren Sitzungen so erfolgen.

**Es liegen keine Einwendungen gegen die Niederschrift vor. Sie gilt damit als genehmigt.**

## **TOP 5**

### **Einwendungen gegen die Niederschrift der 24. ordentlichen Sitzung des Kreisausschusses am 20.08.2012**

Frau Abg. Igel merkt an, dass ihre Aussage zum Problem der menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen in einer Firma (Seite 3, vorletzter Absatz), nicht in der Niederschrift enthalten ist. Sie hatte ausgeführt, dass das Arbeitsamt Stellen fördert. Es gab die Zusage des Landrates, die Probleme über die Gewerbeaufsicht und das Gesundheitsamt zu prüfen. Bisher hat sie noch keine Antwort dazu erhalten und fragt, ob es diesbezüglich Ergebnisse gibt.

Frau Gurske informiert, dass ihres Wissens nach das Jobcenter die Hinweise geprüft und eine darauf Antwort gegeben hat. Es wurde durch das Jobcenter versichert, dass in den

letzten Monaten keine Arbeitskräfte zur Erprobung mehr eingesetzt wurden. Ob das Gesundheitsamt und die Gewerbeaufsicht eingeschalten wurden, kann Frau Gurske nicht beantworten. Die Antwort dazu wird nachgereicht.

Frau Abg. Wehlan legt fest, dass die Antwort zu dieser Anfrage ebenso der Niederschrift beigelegt wird.

**Die Niederschrift wird mit den Hinweisen von Frau Igel einstimmig beschlossen.**

## **TOP 6**

### **Anfragen der Abgeordneten**

Herr Abg. Eichelbaum fragt, ob es einen neuen Sachstand nach dem durchgeführten Vor-Ort-Termin zum geplanten LSG „Zossener Heide – Wierachteiche“ gibt. Des Weiteren möchte er wissen, ob es für sinnvoll gehalten wird, nochmal ein Schutzwürdigkeitsgutachten in Auftrag zu geben.

Herr Ladeamann, Beigeordneter und Dezernent III, informiert, dass der Vor-Ort-Termin, an dem er selbst, die Bürgerinitiative „Freier Wald e.V.“ sowie die Waldbesitzer teilgenommen haben, am 8. November 2012 stattgefunden hat. An bestimmten Punkten in der Zossener Heide gab es Informationen und Klarstellungen zu Markierungen, die die Forst selbst angebracht hatte. Zum Schutzwürdigkeitsgutachten gibt es einen Beschluss. Dieses ist in Auftrag gegeben worden. Aus seiner Sicht ist alles mit der Bürgerinitiative einvernehmlich geklärt worden.

Herr Abg. Akuloff bittet darum, das Protokoll des Vor-Ort-Termins der Fraktion DIE LINKE. bzw. auch den anderen Fraktionen zeitnah zur Verfügung zu stellen.

Herr Lademann sichert die Verteilung des Protokolls zu.

(Herr Abg. Noack nimmt an der Sitzung teil.)

Herr Abg. Habermann macht auf das Problem der Osdorfer Straße aufmerksam und fragt, welchen Druck der Landkreis auf die Landesregierung ausüben kann, damit die Straße hochgestuft wird.

Des Weiteren bezieht er sich auf das Ausländerkrankenhaus in Blankenfelde-Mahlow. Er informiert, dass von einer Ideenwerkstatt ein Projekt initiiert wird, welches der Ortsbeirat abgelehnt hat. Vorhaben ist es, einen Rundweg mit acht 2,30 Meter hohen Stelen aus Blech in einem abgelegenen Waldstück westlich vom Friedhof Blankenfelde anzulegen. Andere, bessere Vorschläge gibt es dazu vom Blankenfelder Historiker Dr. Frank Hummeltenberg, denen sich der Ortsbeirat angeschlossen hat. Herr Abg. Habermann fragt, ob es eine Baugenehmigung für die Betonarbeiten am Rundweg und für die Pflasterarbeiten gibt, ob in diese Maßnahme die Kreisverwaltung eingebunden ist und ob eine Aussprache des Dr. Hummeltenbergs mit Frau Woeller zu Kriegsgräberfragen möglich ist.

Frau Abg. Wehlan verweist darauf, nicht den Rahmen des Tagesordnungspunktes Anfragen auszudehnen. Wenn sich bereits im Vorfeld abzeichnet, dass größere Debatten notwendig sind, sollten die Abgeordneten davon Gebrauch machen, einen Beratungsgenstand als ordentlichen Tagesordnungspunkt vorzuschlagen. Damit erhält auch die Verwaltung die Chance, sich darauf vorzubereiten.

Frau Gurske weist darauf hin, dass Herr Gärtner als verantwortlicher Dezernent heute nicht anwesend ist und die Frage im nächsten Kreisausschuss beantwortet wird.

Herr Lademann merkt an, dass es zur Frage der Osdorfer Straße kein Entgegenkommen des Ministeriums gibt. Er weist darauf hin, dass die Aufstufung einer Straße nicht gleichzeitig Voraussetzung für die Abstufung einer anderen Straße ist und umgekehrt.

Frau Abg. Wehlan verweist darauf, dass die eigentliche Frage damit noch nicht beantwortet ist. Sie bittet die Verwaltung, grundsätzlich so zu verfahren, dass alle Antworten als Anlage

der jeweiligen Niederschrift beigelegt werden, sodass alle Kreisausschussmitglieder den Sachstand kennen.

Frau Gurske kennt von dem Projekt Ausländerkrankenhaus Blankenfelde-Mahlow nur die Forschungsarbeit der Schüler. Das Projekt Rundweg ist ihr nicht bekannt. Eine Antwort dazu wird nachgereicht.

Herr Abg. Habermann fragt mit Verweis auf mangelhafte Bedingungen in der Milchviehanlage Blankenfelde nach, wie die Zuständigkeiten für den Brandschutz und die Kontrolle der Hygienevorschriften geregelt sind.

Frau Abg. Wehlan schlägt vor, die Thematik des Brandschutzes im zuständigen Fachausschuss zu behandeln.

Frau Gurske informiert, dass das Veterinäramt – in Abhängigkeit von einer Risikoabschätzung – regelmäßige Kontrollen durchführt. Die Information, wie oft das für die Milchviehanlage Blankenfelde zutrifft, kann nachgeliefert werden.

Herr Lademann führt aus, dass das Ordnungsamt federführend für den Brandschutz zuständig ist. Die konkreten Informationen bezüglich der Milchviehanlage müssten geprüft werden.

Herr Abg. Wolny zeigt sich verwundert über das unterschiedliche Abstimmungsverhalten der Vertreter des Landkreises Teltow-Fläming in der Sitzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming in Blankenfelde zum Thema „Freie Heide“. Er fragt, inwieweit eine Abstimmung im Vorfeld dieser Sitzungen mit der Verwaltung und den Kommunen, die davon betroffen sind, möglich ist.

Frau Abg. Wehlan weist auf die Verantwortung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung zur Vorbereitung der konkreten Sachverhalte hin, die in den Regionalplanversammlungen auf der Tagesordnung stehen. Es sollte gemeinsam mit den Räten des Kreistages Teltow-Fläming und den Kommunen eine Abstimmung stattfinden.

Herr Abg. Schulze unterstützt dieses Vorgehen und schlägt eine Thematisierung dieses Problems in der Bürgermeisterdienstberatung vor. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Prüfauftrag des Kreistages zum Austritt des Landkreises aus der Regionalen Planungsgemeinschaft, der bis heute nicht realisiert ist.

Frau Abg. Wehlan merkt an, dass es sich um keine Angelegenheit der Verwaltung handelt, wie sich die Regionalräte inhaltlich auf eine Regionalversammlung vorbereiten, sondern die Verantwortung beim Kreistag und seinem Fachausschuss liegt.

Frau Abg. Igel macht auf die schlechte telefonische Erreichbarkeit der örtlichen Polizeireviere aufmerksam und fragt die Verwaltung, wie diese darauf Einfluss nehmen kann, das zu ändern.

Herr Lademann informiert, dass er in Kürze ein Gespräch mit dem Chef der Polizeidienststelle Herrn Wimmer hat und dieses Problem mit ansprechen wird.

Frau Wehlan bittet darum, die Antwort ebenso allen Abgeordneten zur Verfügung zu stellen.

Frau Abg. Igel kritisiert die jetzige Taktung des Regionalverkehrs – Anbindung von Ludwigsfelde nach Berlin – und fragt, ob der Landkreis diesbezüglich Einfluss auf die Landesregierung nehmen kann, die ursprünglichen Taktzeiten von 25 - 35 Minuten wieder einzuführen.

Herr Lademann erläutert, dass es bahntechnische Zwänge gibt, die der Landkreis nicht beeinflussen kann.

Frau Abg. Wehlan fragt nach, ob es vom Landkreis eine Stellungnahme an das Land zum Landesnahverkehrsplan gibt.

Frau Gurske, macht deutlich, dass der Landrat Herr Giesecke bereits zur Frage der Taktung der Regionalverkehrszüge ausführlich informiert hatte. Im Zusammenhang mit dem Flughafen gab es vom VBB die Auskunft, dass keine andere Taktung möglich ist. Sie informiert, dass eine Stellungnahme des Landkreises zum Landesnahverkehrsplan durch den Bereich Wirtschaftsförderung erarbeitet wurde.

Frau Abg. von Schrötter merkt an, dass in der Stellungnahme darauf hinzuweisen wäre, dass es sich um den Transport von Arbeitskraft handelt.

Herr Trebschuh führt aus, dass sich der Landkreis bereits in der Stellungnahme zum Entwurf des Landesnahverkehrsplanes, der im Mai 2012 durch den Minister vorgestellt wurde, gegen die Taktung ausgesprochen hatte und erläutert die wesentlichen Punkte der Stellungnahme.

Frau Abg. Wehlan bittet darum, den Faktionen die Stellungnahme zeitnah zur Verfügung zu stellen.

#### **TOP 7**

#### **Zwischenbericht zum Wirtschaftsplan 2012 - Rettungsdienst Eigenbetrieb Landkreis Teltow-Fläming ( 4-1371/12-III )**

Herr Lademann erläutert, dass gemäß der Verordnung über die Eigenbetriebe der Gemeinden halbjährlich ein Zwischenbericht vorzulegen ist. Er informiert, dass aus heutiger Sicht bis zum Jahresende keine außergewöhnlichen Belastungen und keine Minder- oder Mehrausgaben zu erwarten sein werden.

Frau Abg. Igel fragt, ob es sich bei der Differenz zwischen den kalkulierten Erträgen und den anteiligen Gebühreneinnahmen um den Anteil handelt, der vom Kreis erstattet wird.

Herr Dübe, Leiter des Ordnungsamtes, informiert, dass es sich hierbei um die tatsächlichen Gebühren handelt, die zum jetzigen Zeitpunkt eingeflossen sind.

**Der Kreisausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.**

#### **TOP 8**

#### **Wirtschaftsplan Rettungsdienst Eigenbetrieb 2013 ( 4-1374/12-III )**

Herr Lademann begründet die Vorlage.

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig, die Vorlage 4-1374/12-III zu beschließen.**

#### **TOP 9**

#### **Wirtschaftsplan Rettungsdienst Teltow-Fläming GmbH 2013 ( 4-1377/12-III )**

Herr Lademann begründet die Vorlage.



**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig (bei 1 Stimmenthaltung), die Vorlage 4-1377/12-III zu beschließen.**

### **TOP 10**

#### **Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Inanspruchnahme von Leistungen des Rettungsdienstes des Landkreises Teltow-Fläming 2013 ( 4-1373/12-III )**

Herr Lademann begründet die Vorlage. Er stellt dar, dass ein Gesamtkostenrahmen in Höhe von rund 10,3 Mio. € ermittelt wurde und die Kalkulation auf den Erfahrungen der Einsatzfälle der vergangenen Jahre beruht.

Frau Abg. Igel macht deutlich, dass die Feststellung auf der Seite 7, dass mit den Krankenkassen am 1.11.2012 Einvernehmen zu den Positionen der Kosten- und Leistungsrechnung hergestellt werden konnte, die wichtigste Aussage für sie ist. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass auf der Seite 3 der letzte Satz zu streichen wäre, da er doppelt angeführt ist.

Herr Dübe informiert, dass die Anhörung der Krankenkassen konstruktiv verlaufen ist und ein großes Maß an Übereinstimmung gefunden wurde.

Auf Nachfrag der Abg. von Schrötter zur Streichung von Leistungen der Krankenkassen führt Herr Dübe aus, dass dies ohne weiteres nicht möglich ist. Die Kassen haben jedoch die Möglichkeit, die Satzung gerichtlich überprüfen zu lassen, wenn diese gegen ihren Willen beschlossen wurde.

Herr Abg. Akuloff schlägt vor, mit dem Neustart der Rettungsdienst GmbH die Zuverlässigkeit der Einhaltung von Normzeiten im Rettungswesen für die Zukunft öffentlich darzustellen.

Auf Nachfrage des Abg. Wolny führt Herr Dübe aus, dass alle Mitarbeiter der drei Dienstleister (ASB, Johanniter und DRK) unterschiedliche Tarifverträge hatten und die Vergütung unterschiedlich war. Mit dem Betriebsübergang nach § 613 BGB hat für alle Mitarbeiter der Hilfsorganisationen die alte Vergütung für ein Jahr Bestand. Danach wird die GmbH mit entsprechenden Tarifpartnern Verhandlungen führen mit dem Ziel des Abschlusses eines Tarifvertrages für alle Mitarbeiter.

Auf Nachfrage des Abg. Schulze informiert Herr Dübe, dass die Verhandlungen mit den Tarifpartnern bereits in den nächsten sechs bis acht Wochen beginnen werden.

Auf Nachfrag der Abg. von Schrötter verweist Herr Dübe darauf, dass noch nicht feststeht, mit welcher Gewerkschaft die Verhandlungen geführt werden.

Frau Abg. von Schrötter macht darauf aufmerksam, dass es Wille des Kreisausschusses ist, kein Lohndumping für die Beschäftigten des Rettungsdienstes zuzulassen. Deshalb könnten ihrer Meinung nach zielstrebig die Verhandlungen mit der Gewerkschaft Ver.di geführt werden.

Frau Abg. Wehlan verweist darauf, dass dieses Thema nicht nur der Verwaltung überlassen werden soll. Der Kreisausschuss ist durch die Verwaltung zeitnah über den aktuellen Sachstand der Tarifverhandlungen zu informieren.

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag einstimmig (bei 3 Stimmenthaltungen), die Vorlage 4-1373/12-III zu beschließen.**

### TOP 11

**Vertrag zwischen dem Landkreis Teltow-Fläming und der Rettungsdienst  
Teltow-Fläming GmbH ( 4-1379/12-III )**

Herr Lademann begründet die Vorlage.

**Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag bei 2 Nein-Stimmen und 1  
Stimmenthaltung, die Vorlage 4-1379/12-III zu beschließen.**

### TOP 12

**Neufassung des Rettungsdienstbereichsplanes Landkreis Teltow-Fläming  
( 4-1380/12-III )**

Herr Lademann begründet die Vorlage.

Herr Abg. Habermann fragt nach, ob der Massenanfallplan öffentlich ist. Er denkt in diesem Fall insbesondere an eine mögliche Flugzeugkatastrophe, die Blankenfelde-Mahlow betreffen würde.

Frau Abg. Wehlan macht deutlich, dass der Plan, der der öffentlichen Vorlage beigelegt ist, in dieser Form öffentlich ist.

Herr Lademann bestätigt dies und führt aus, dass dieser Plan die schnelle Hilfe bei entsprechenden Situationen regelt.

Herr Abg. Habermann macht darauf aufmerksam, dass die in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow gestellten Fragen in der Anhörung zum Flughafen im Jahre 2001 noch offen sind. Nicht beantwortet ist bis heute, wie verfahren wird, wenn eine solche Flugzeugkatastrophe passiert.

Herr Dübe verweist darauf, dass durch ihn und den ehemaligen Sachgebietsleiter Brand- und Katastrophenschutz vor etwa zwei Jahren in der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow Ausführungen zu einem Katastrophenfall dieser Art gemacht wurden. Darüber hinaus hat sich bis zum heutigen Tag an dieser Situation nichts verändert. Für einen Luftverkehrsunfall gibt es einen Katastrophenschutzplan, der mit diesem Plan nichts zu tun hat.

### **Der Kreisausschuss beschließt:**

die Neufassung des Rettungsdienstbereichsplanes für den Landkreis Teltow-Fläming.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen: 15

### **TOP 13**

#### **Mitteilungen der Verwaltung**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

**Die stellvertretende Vorsitzende des Kreisausschusses stellt den Ausschluss der Öffentlichkeit fest.**

## **Nichtöffentlicher Teil**

Luckenwalde, 10. Dezember 2012

Kornelia Wehlan  
stellv. Vorsitzende des Kreisausschusses